

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(36. - öffentliche - Sitzung am 21. August 2024)

Tagesordnung:

1. **Ersatzfreiheitsstrafe gerechter gestalten, Kosten reduzieren, Resozialisierung fördern!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2462](#)

Der - federführende - Ausschuss führt zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört werden:

- CURA e. V.
- Diakonisches Werk der ev.-luth. Kirche in Oldenburg
- Dr. Lea Babucke, Lehrbeauftragte für Wirtschaftsstrafrecht, Strafprozessrecht, Sanktionsrecht, Rechtspsychologie und das Recht parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Universität Hamburg

2. **Erbrachte Prüfungsleistungen honorieren und die rechtswissenschaftliche Ausbildung attraktiver gestalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3370](#)

Der - federführende - Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen. Er setzt die Antragsberatung fort und nimmt in Aussicht, sie in der nächsten Sitzung abzuschließen.

3. **Situation von häuslicher Gewalt Betroffener verbessern - Modellprojekt „Psychosoziale Prozessbegleitung in Gewaltschutzverfahren“ fördern und umsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3662](#)

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme des Justizministeriums zu dem Antrag entgegen und berät über den Antrag. Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag in mit einer Ergänzung in Nr. 3 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

4. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Verfassungsgemäße Berechnung von Kfz-Steuern für Pkw“**

Der Ausschuss berät über den Unterrichtungsantrag des Ausschussmitgliedes der Fraktion der AfD. Dieses zieht schließlich den Antrag zurück.

5. **Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zum Strafermittlungsverfahren gegen unbekannt wegen des Verdachts der Untreue auf Grund der rückwirkenden Gehaltserhöhung für die Büroleiterin des Ministerpräsidenten**

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, die aufgrund des Begehrens mehrerer Mitglieder der CDU-Fraktion angeforderten Akten vorzulegen. Die die Vorlage begehrenden Mitglieder der CDU-Fraktion erklären sich, sofern eine Vorlage des Originals nicht möglich sein sollte, mit einer Übermittlung in Form von Farbkopien oder in elektronischer Form einverstanden.